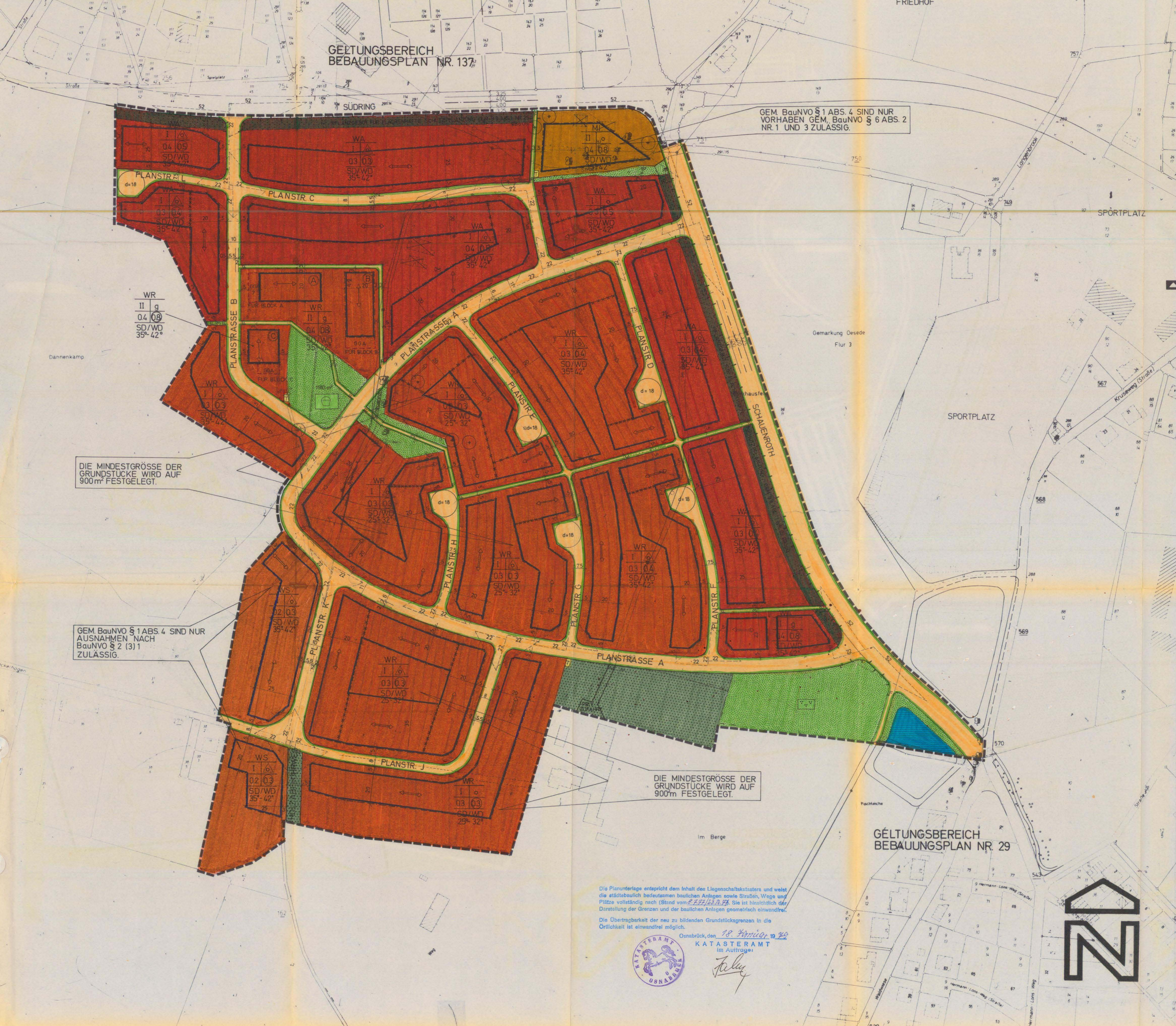


STADT GEORGSMARIENHÜTTE  
BEBAUUNGSPLAN NR. 140  
MENKHAUSFELD



LEGENDE	
NACHRICHTLICHE DARSTELLUNG	
	vorhandene Fluggrenze
	vorhandene Grundstücksgrenzen
	Parzellennummer
	Blocknummer
	vorhandene Hauptgebäude/Hausnummer
	vorhandene Nebengebäude
	Satteldach/Valldach (s. textl. Festsetzungen)
	Dachneigung (s. textl. Festsetzungen)
	vorhandener Baumbestand
	vorhandene Einzelbäume
	Abbruch
FESTSETZUNGEN DES BEBAUUNGSPLANES	
ART DER BAULICHEN NUTZUNG	
	Kleinsiedlungsgebiete gem. § 2 BauNVO
	Reine Wohngebiete gem. § 3 BauNVO
	Allgemeine Wohngebiete gem. § 4 BauNVO
	Mischgebiet gem. § 6 BauNVO
MASS DER BAULICHEN NUTZUNG	
	Grundflächenzahl
	Geschossflächenzahl
	Zahl der Vollgeschosse
BAUWEISE, ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE	
	offene Bauweise
	offene Bauweise mit Einzel- und Doppelhäusern zulässig
	geschlossene Bauweise
	Baugrenze
	überbaubare Grundstücksfläche
ERSCHEINUNGS- UND VERKEHRSPFLÄCHE	
	Straßenverkehrsfläche
	Fußwege
	Straßenbegrenzungslinie
	Trafikation gem. § 9 BauNVO Abs. 1, Nr. 12 und 21
	Gemeinschaftsgarage
GRÜNLICHEN UND WASSERFLÄCHE	
	Öffentliche Grünfläche gem. § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauNVO
	Spilzplatz
	Parkanlage
	Flächen für Forstwirtschaft gem. § 9 Abs. 1 Nr. 18 BauNVO
	private Grünfläche
	Pflanzengut für flächenhafte Schutzpflanzung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauNVO
	Wasserfläche gem. § 9 Abs. 1 Nr. 16 BauNVO

**SONSTIGE FESTSETZUNGEN**

----- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes gem. § 9 Abs. 7 BauNVO

\*\*\*\*\* Grenze unterschiedlicher Festsetzungen

--- Zu- und Ausfahrtverbot (s. textl. Festsetzung)

--- Sichtdreieck (s. textl. Festlegungen)

--- Höhenbeschränkung 0,50 m über Fahrbahnoberkante gem. § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauNVO

--- Stellung der Gebäude (s. textl. Festlegungen)

--- Ständige Mittellinie des Hauptbaukörpers-Firstrichtung

--- Stellung der Gebäude parallel zur abschließenden Verkehrsfähigkeit (s. textl. Festlegungen)

**TEXTLICHE FESTSETZUNGEN**

In Ergänzung der Planzeichen wird folgendes festgesetzt:

**1. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN**  
gem. § 9 Abs. 1 BauNVO und BauNVO.

a) Die längere Mittelachse des Gebäudes ist durch die Richtung des Planzeichens festgesetzt.  
Die Richtung des Planzeichens "Stellung der Gebäude" setzt die Hauptfirstrichtung fest.  
Von diesen Festsetzungen kann die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Stadt Georgsmarienhütte gem. BauNVO § 31 eine Ausnahme von 90° zulassen.

b) Sichtdreiecke sind von jeder sich behindernden Nutzung und Bepflanzung freizuhalten. Sträucher, Hecken und Einfriedungen dürfen eine Höhe von 0,50 m über Fahrbahnoberkante nicht überschreiten.

c) Erhaltungsgebot für großkronigen Baumbestand gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauNVO.  
Großkronige Bäume außerhalb der öff. Grünflächen sind zu erhalten.

d) Pflanzengut für flächenhafte Schutzpflanzung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauNVO. Die im Bebauungsplan festgesetzten Pflanzflächen sind in einer Tiefe von 7,50 m als Schutzpflanzung zusammenhängend mit immergrünen Strauchgruppen und mit niedrigkronigen Baumgruppen zu bepflanzen und dauernd zu unterhalten.

**2. FESTSETZUNGEN ÜBER DIE AUßERE GESTALTUNG**  
gem. § 9 Abs. 4 BauNVO in Verb. mit dem § 1 der Nds. VO zur Durchführung des BauNVO von 19.06.78 (Nds. GV Bl. Nr. 39/1978 S. 560)

a) ~~Die Oberkante fertiger Fußböden des Erdgeschosses darf nicht höher als 0,50 m über die Oberkante öffentlicher Verkehrsfähigkeit liegen.~~  
Die Oberkante fertiger Fußböden des Erdgeschosses darf in mindestens 1 Punkt nicht höher als das vorhandene Gelände liegen.

b) ~~Dachaufbauten bis zu 1/3 der Traufhöhe sind ausschließlich in den Planbereichen mit festgelegten Dachneigungen von 50° zulässig.~~  
Dachaufbauten müssen einen Abstand von mind. 2,00 m von den Giebelwänden einhalten, ihre Höhe darf 1,50 m nicht überschreiten.

c) ~~Der Sparrenanschnittpunkt (s. Schnittpunkt Unterkante Sparren mit Außenkante des aufgehenden Außenmauerwerks) darf das Maß von 0,50 m, gemessen von Oberkante fertiger Fußböden oberes Geschoss nicht überschreiten.~~

d) ~~Behörden und Anlagen können auf Flächen vor dem Grundstück liegen.~~

e) ~~Der nicht überbaubare Grundstücksstreifen zwischen öffentlicher Verkehrsfähigkeit und vorderer Baufähigkeit verlängert bis zu den seitlichen Grundstücksgrenzen wird als Vorgarten festgesetzt.~~  
Vorgärten sind, außer der notwendigen Zuwegung, als Ziergärten anzulegen.

f) ~~Die oberste Geschosskante der Gebäude darf nicht höher als 1,50 m gemessen ab Oberkante angrenzender öffentlicher Verkehrsfläche nicht überschreiten.~~  
Auf den übrigen Grundstücksflächen darf das Maß von 1,50 m nicht überschritten werden.  
Einfriedungen aus Stein oder Beton dürfen auf allen Grundstücksflächen das Maß von 0,50 m über Gelände nicht überschreiten. Dies gilt nicht für Seitenmauern.

g) ~~In Bereich des Zu- und Ausfahrtverbotes ist ein 3,00 m breiter Baustraßenrand zu errichten.~~

**3. WIDMUNG DER ÖFFENTLICHEN STRASSEN UND WEGE**  
Die im Bebauungsplan festgesetzten Straßen und Wege gelten gem. § 6 (5) der Niedersächsischen Strassengesetze vom 14.12.1962 (Nds. GV Bl. S. 253) mit der Verkehrsübergehung als gewidmet.

**PLANÄNDERUNGEN**  
Auf Grund geltend gemachter Bedenken und Änderungen hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte am 15.11.1978 beschlossen, die im Bebauungsplan festgesetzten Änderungen des Bebauungsplanes in der Weise zu ändern, wie dies in der Anlage 1 des Beschlusses festgelegt ist. Die Änderungen sind in der Planzeichnung entsprechend der Ratsniederschrift in den Plan eingearbeitet worden.

**HINWEIS**  
Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden und darauf hingewiesen, daß diese Funde meldepflichtig sind (Ausgrabungsgesetz vom 26.3.1955, §§ 5-6, für die Reg.-Bez. Aurich und Oldenburg; Denkmalschutz Ges. vom 18.3.1911, §§ 21-22, für den Reg.-Bez. Oldenburg).  
Es wird gebeten, die Funde unverzüglich der zuständigen Kreis- und Stadtverwaltung zu melden, die sofort die Bezirksregierung Weser-Ems (Bez. 204.2) benachrichtigen wird.

**ÜBERSICHTSPLAN**

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand von ...). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grundstücksgrenzen in die Öffentlichkeit ist einwandfrei möglich.

Osnabrück, ...

**RECHTSGRUNDLAGEN**

Auf Grund der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der zur Zeit gültigen Fassung, der §§ 9 und 10 des Bundesbaugesetzes (BauG) in der zur Zeit gültigen Fassung in Verbindung mit der BauNVO vom 15.09.77 (BGBl. I S. 1753), der Planungsverordnung vom 19.01.1965 (BGBl. I S. 21), des § 92 der Niedersächsischen Bauordnung (Nds. GV Bl. Nr. 39/1978 S. 560) hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte am 15.11.1978 beschlossen, die im Bebauungsplan festgesetzten Änderungen des Bebauungsplanes in der Weise zu ändern, wie dies in der Anlage 1 des Beschlusses festgelegt ist. Die Änderungen sind in der Planzeichnung entsprechend der Ratsniederschrift in den Plan eingearbeitet worden.

Der Aufstellungsbeschluss wurde am 15.11.1978 erteilt und bekanntgemacht.

Georgsmarienhütte, 10.01.1979

*[Signature]* (Bürgermeister) *[Signature]* (Stadtdirektor)

Der Bebauungsplan mit Begründung hat einen Monat, vom 15.11.1978 bis 15.12.1978, einschließlich öffentlich ausliegen. Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung wurden am 15.11.1978 erteilt und bekanntgemacht.

Georgsmarienhütte, 10.01.1979

*[Signature]* (Bürgermeister) *[Signature]* (Stadtdirektor)

Der Bebauungsplan ist gemäß § 10 BauNVO am 15.11.1978 durch den Rat der Stadt Georgsmarienhütte als Satzung beschlossen worden.

Georgsmarienhütte, 10.01.1979

*[Signature]* (Bürgermeister) *[Signature]* (Stadtdirektor)

Dieser Bebauungsplan ist gemäß § 11 des BauNVO in der Fassung vom 18. August 1978 (BGBl. I S. 2250) mit Verfügung vom 17. APR. 1979, Az. 204.11-2/102-1/1, ohne Auflagen genehmigt worden. 3 FOL. 4  
Bes. Reg. Weser-Ems, 17. APR. 1979

Die mit der vorstehenden Erklärung des Herrn Regierungspräsidenten ausgelegte Genehmigung des Bebauungsplanes ist gemäß § 12 BauNVO am 15.11.1978 in der Anlage des Landkreises Osnabrück öffentlich bekanntgemacht worden.

Georgsmarienhütte, 10.01.1979

*[Signature]* (Bürgermeister) *[Signature]* (Stadtdirektor)

Ausgegeben in Auftrage und Einvernehmen mit der Stadt Georgsmarienhütte.

**BEBAUUNGSPLAN NR 140 MENKHAUSFELD M 1:1000**

STADT GEORGSMARIENHÜTTE  
LANDKREIS OSNABRÜCK

JULI 78 F/HE  
7830/7  
80 x 135

**PLANUNGSBÜRO GARTHAUS**  
ARCHITEKTUR - STADTBAU - REGIONALPLANUNG  
45 OSNABRÜCK TELEFON 05041 4004-40



## TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

In Ergänzung der Planzeichen wird folgendes festgesetzt:

### 1. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

gem. § 9 Abs. 1 BBauG und ~~BauNVO~~

- a) Die längere Mittelachse des Gebäudes ist durch die Richtung des Planzeichens festgesetzt.

Die Richtung des Planzeichens "Stellung der Gebäude" setzt die Hauptfirstrichtung fest.

Von diesen Festsetzungen kann die Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Stadt Georgsmarienhütte gem. BBauG § 31 eine Ausnahme von 90° zulassen.

- b) Sichtdreiecke sind von jeder sichtbehindernden Nutzung und Bepflanzung freizuhalten. Sträucher, Hecken und Einfriedungen dürfen eine Höhe von 0,80 m über Fahrbahnoberkante nicht überschreiten.
- c) Erhaltungsgebot für großkronigen Baumbestand gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 BBauG.  
~~Großkronige Bäume außerhalb der öff. Grünflächen sind zu erhalten.~~
- d) Pflanzgebot für flächenhafte Schutzpflanzung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 BBauG. Die im Bebauungsplan festgesetzten Pflanzflächen sind in einer Tiefe von 7,50 m als Schutzpflanzung zusammenhängend mit immergrünen Strauchgruppen und mit niedrigkronigen Baumgruppen zu bepflanzen und dauernd zu unterhalten.



## 2. FESTSETZUNGEN ÜBER DIE ÄUSSERE GESTALTUNG

gem. § 9 Abs. 4 BBauG in Verb. mit dem § 1 der Nds. VO zur Durchführung des BBauG vom 19.06.78 (Nds. GV Bl. Nr. 39/1978 S.560)

a) ~~Sattel- und Walmdächer sind mit der in der Planzeichnung festgesetzten Neigung zulässig.~~

b) Oberkante fertiger Fußboden des Erdgeschosses darf nicht höher als 0,50 m über Oberkante öffentlicher Verkehrsfläche liegen; gem. § 31 Abs. 1 BBauG ist eine Ausnahme bis zu 1,00 m zulässig wenn der Höhenunterschied des vorhandenen Geländes im Bereich des Baugrundstückes mehr als 1,00 m beträgt.

Die Oberkante fertiger Fußboden Erdgeschoß darf in mindestens 1 Punkt nicht höher als das vorhandene Gelände liegen.

c) ~~Dachaufbauten bis zu 1/3 der Trauflänge sind ausschließlich in den Planbereichen mit festgelegten Dachneigungen von 35° - 42° zulässig.~~

~~Dachaufbauten müssen einen Abstand von mind. 2,00 m von den Giebelgesimsen einhalten, ihre Höhe darf 1,50 m, gemessen jeweils von Oberkante Sparren, nicht überschreiten.~~

d) Der Sparrenanschnittspunkt (= Schnittpunkt Unterkante Sparren mit Außenkante des aufgehenden Außenmauerwerks) darf das Maß von 0,60 m, gemessen von Oberkante fertiger Fußboden oberstes Geschoss nicht überschreiten.

e) ~~Nebenanlagen und Garagen können mit Flachdach versehen werden. Garagen sind im Material dem Hauptbaukörper anzupassen.~~

f) Der nicht überbaubare Grundstückstreifen zwischen öffentlicher Verkehrsfläche und vorderer Bauflucht, verlängert bis zu den seitlichen Grundstücksgrenzen wird als Vorgarten festgesetzt.

Vorgärten sind, außer der notwendigen Zuwegung, als Ziergärten anzulegen.

~~Einfriedungen im Vorgartenbereich dürfen eine Höhe von 0,60 m, gemessen ab Oberkante angrenzender öffentlicher Verkehrsflächen, nicht überschreiten.~~

~~Auf den übrigen Grundstücksgrenzen darf das Maß von 1,50 m nicht überschritten werden.~~

~~Einfriedungen aus Stein oder Beton dürfen auf allen Grundstücksgrenzen das Maß von 0,30 m über Gelände nicht überschreiten. Dies gilt nicht für Stützmauern.~~

g) ~~Im Bereich des Ein- und Ausfahrverbotes ist ein 1,50 m hoher Maschendrahtzaun zu errichten.~~

3h. Verfügung  
vom 17.04.1979



### 3. WIDMUNG DER ÖFFENTLICHEN STRASSEN UND WEGE

Die im Bebauungsplan festgesetzten Strassen und Wege gelten gem. § 6 (5) des Niedersächsischen Strassengesetzes vom 14.12.1962 (Nds. GV Bl. S. 251) mit der Verkehrsübergabe als gewidmet.

### PLANÄNDERUNGEN

Auf Grund geltend gemachter Bedenken und Anregungen hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte am 15.11.1978 folgende verschiedene Änderungen beschlossen, die im vorliegenden Plan durch entsprechende ~~violette Eintragungen kenntlich gemacht sind.~~ der Ratsniederschrift in den Plan eingearbeitet wurden.

### HINWEIS

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, wird darauf hingewiesen, daß diese Funde meldepflichtig sind (Ausgrabungsgesetz vom 26.3.1915, §§ 5-6, für die Reg.-Bez. Aurich und Osnabrück; Oldb. Denkmalschutz Ges. vom 18.3.1911, §§ 21-22, für den Verw. Bez. Oldenburg).

Es wird gebeten, die Funde unverzüglich der zuständigen Kreis- und Stadtverwaltung zu melden, die sofort die Bezirksregierung Weser - Ems (Dez. 204.2) benachrichtigen wird.

# Ö R T L I C H E   B A U V O R S C H R I F T   Ü B E R G E S T A L T U N G

für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 140 "Menkhausfeld"  
der Stadt Georgsmarienhütte, Kreis Osnabrück

Aufgrund der §§ 6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der z. Z. gültigen Fassung, der §§ 56 und 97 der Niedersächsischen Bauordnung vom 23.07.1973 (Nds. GVBl. Nr. 28/1973, S. 259) zuletzt geändert durch § 38 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes vom 30.05.1978 (Nds. GVBl. S. 517) hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte in seiner Sitzung am 14. Juli 1980 folgende örtliche Bauvorschrift über Gestaltung als Satzung beschlossen:

## § 1 GELTUNGSBEREICH

Die örtliche Bauvorschrift über Gestaltung gilt für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 140 "Menkhausfeld" der Stadt Georgsmarienhütte (siehe Anlage).

## § 2 GESTALTUNG DER GEBAUDE

1. Die Oberkante fertiger Fußboden Erdgeschoß eines Wohn- bzw. Hauptgebäudes darf nicht höher als 0,50 m über Oberkante öffentlicher Verkehrsfläche liegen.
2. Der Sparrenanschnittspunkt (= Schnittpunkt Unterkante Sparren mit Außenkante des aufgehenden Außenmauerwerkes) darf das Maß von 0,60 m gemessen von Oberkante fertiger Fußboden oberstes Geschoß nicht überschreiten.
3. Die im Geltungsbereich dieser Satzung zulässigen Garagen gemäß § 12 Abs. 1 BauNVO und Nebenanlagen gemäß § 14 Abs. 1 BauNVO dürfen eine Höhe von Oberkante fertiger Fußboden bis Oberkante senkrechter Außenwand das Maß von 3,50 m nicht überschreiten.

### § 3 DACHAUSBILDUNG

1. Es sind nur Sattel- und/oder Walmdächer sowohl als Alternative als auch in Kombination mit der im Bebauungsplan Nr. 140 festgesetzten Neigung zulässig.
2. Dachaufbauten (Gauben) bis zu 1/3 der Trauflänge \* sind ausschließlich in den Planbereichen mit festgelegten Dachneigungen von 35° bis 42° zulässig.  
\* der jeweiligen Gebäudeseite  
Dachaufbauten müssen einen Abstand von mindestens 2,00 m von den Giebelgesimsen\* (Ortgang bzw. Walmdach) einhalten. Die Höhe ihrer senkrechten Ansichtsflächen darf 1,50 m, gemessen jeweils von Oberkante Sparren, nicht überschreiten.  
\* gemessen in der Mitte der zul. senkrechten Ansichtsfläche
3. Garagen gemäß § 12 Abs. 1 BauNVO und Nebenanlagen gemäß § 14 Abs. 1 BauNVO sind von den Festsetzungen über Dachform und Dachneigung nicht betroffen, wenn sie nicht ganz oder teilweise in Gebäude einbezogen sind.

### § 4 GARAGEN UND NEBENANLAGEN

Garagen gemäß § 12 Abs. 1 BauNVO und Nebenanlagen gemäß § 14 Abs. 1 BauNVO aus unbehandelten Profilblechen und Faltgaragen mit Plastik- oder Segeltuchbespannung sind unzulässig.

Die Wandoberflächengestaltung ist dem Wohn- bzw. Hauptgebäude anzupassen.

### § 5 VORGÄRTEN UND EINFRIEDUNGEN

1. Der nicht überbaubare Grundstücksstreifen zwischen öffentlicher Verkehrsfläche und vorderer Bauflucht (= Gebäudefront), verlängert bis zu den seitlichen Grundstücksgrenzen, wird als Vorgarten festgesetzt. Vorgärten sind, außer den notwendigen Zuwegungen als Ziergärten gärtnerisch anzulegen und dauernd zu unterhalten.
2. Einfriedungen im Vorgartenbereich dürfen eine Höhe von 0,60 m über Gelände nicht überschreiten. Auf den übrigen Grundstücksgrenzen darf das Maß von 1,50 m nicht überschritten werden.

3. Einfriedungen aus Stein oder Beton dürfen auf allen Grundstücksgrenzen das Maß von 0,30 m über Gelände nicht überschreiten. Dies gilt nicht für Stützmauern.
4. Auf den Grundstücken, die an die Straßen Südring und Schauenroth grenzen, ist mit Ausnahme der Fläche zwischen öffentlichem Fußweg und öffentlicher Grünfläche im Kreuzungsbereich der genannten Straßen entlang der Straßenbegrenzungslinie ein 1,50 m hoher Maschendrahtzaun zu errichten.

## § 6 GELÄNDEAUSBILDUNG

Die natürliche Form des Geländes darf nicht verändert werden. Notwendige Aufschüttungen oder Abtragungen sind nur im Eingangs- und Terrassenbereich zulässig.

## § 7 WERBEANLAGEN UND WARENAUTOMATEN

Genehmigungspflichtige Werbeanlagen und Warenautomaten nach der Niedersächsischen Bauordnung sind in den Wohngebieten nicht zulässig.

## § 8 AUSNAHMEN

Im Einvernehmen mit der Stadt Georgsmarienhütte kann die Baugenehmigungsbehörde gemäß § 85 NBauO eine Ausnahme von der unter § 2 Abs. 1 dieser Satzung getroffenen Festsetzung zulassen, wenn der Höhenunterschied des vorhandenen Geländes im Bereich der überbaubaren Flächen mehr als 1,00 m beträgt. Die Oberkante fertiger Fußboden Erdgeschoß muß dann in mindestens 1 Punkt auf gleicher Höhe mit dem vorhandenen Gelände liegen.

## § 9 ORDNUNGSWIDRIGKEITEN

Für den Fall der Nichtbefolgung dieser Satzung wird gemäß § 6 Abs. 2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit den §§ 35 und 37 des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung ein Zwangsgeld bis zu DM 500,-- bzw. Ersatzvornahme angedroht.

Die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten gemäß § 91 NBauO wird hierdurch nicht berührt.

## § 10 INKRAFTTRETEN

Diese Satzung tritt am Tage ~~nach~~ ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt für den Kreis Osnabrück in Kraft.

Die Bekanntmachung enthält den Hinweis, bei welcher Stelle die Gestaltungssatzung während der Dienststunden eingesehen werden kann.




Aufgestellt:

Osnabrück, 04. September 1979

Plan Nr. 7830/8

**PLANUNGSBÜRO GARTHAUS**  
ARCHITECTUR · STÄDTEBAU · REGIONALPLANUNG  
45 OSNABRÜCK RHEINER LANDSTR. 19-21  
TELEFON (0541) 46044-45

Georgsmarienhütte, ...07.10.80.....

.....  
(Bürgermeister)  .....  
( Stadtdirektor)

Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte hat am  
...28.05.1979..... die Aufstellung  
der örtlichen Bauvorschrift  
über Gestaltung zum Bebauungsplan Nr. 140  
" Menkhausfeld " beschlossen.

Der Aufstellungsbeschluß wurde am ...27.11.1979...  
ortsüblich bekanntgemacht.

Georgsmarienhütte, ...07.10.80.....

 .....  
(Stadtdirektor)



Diese örtliche Bauvorschrift über Gestaltung mit Begründung hat einen Monat

vom ...17.03.1980..... bis ....17.04.1980....

öffentlich ausgelegen.

Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung wurden am ....07.03.1980..... ortsüblich bekanntgemacht.

Georgsmarienhütte, ....07.10.80.....



*[Handwritten signature]*  
.....  
(Stadtdirektor)

Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte hat am ....14.07.1980..... diese örtliche Bauvorschrift über Gestaltung beschlossen.

Georgsmarienhütte, ....07.10.80.....



*[Handwritten signature]*  
.....  
(Stadtdirektor)

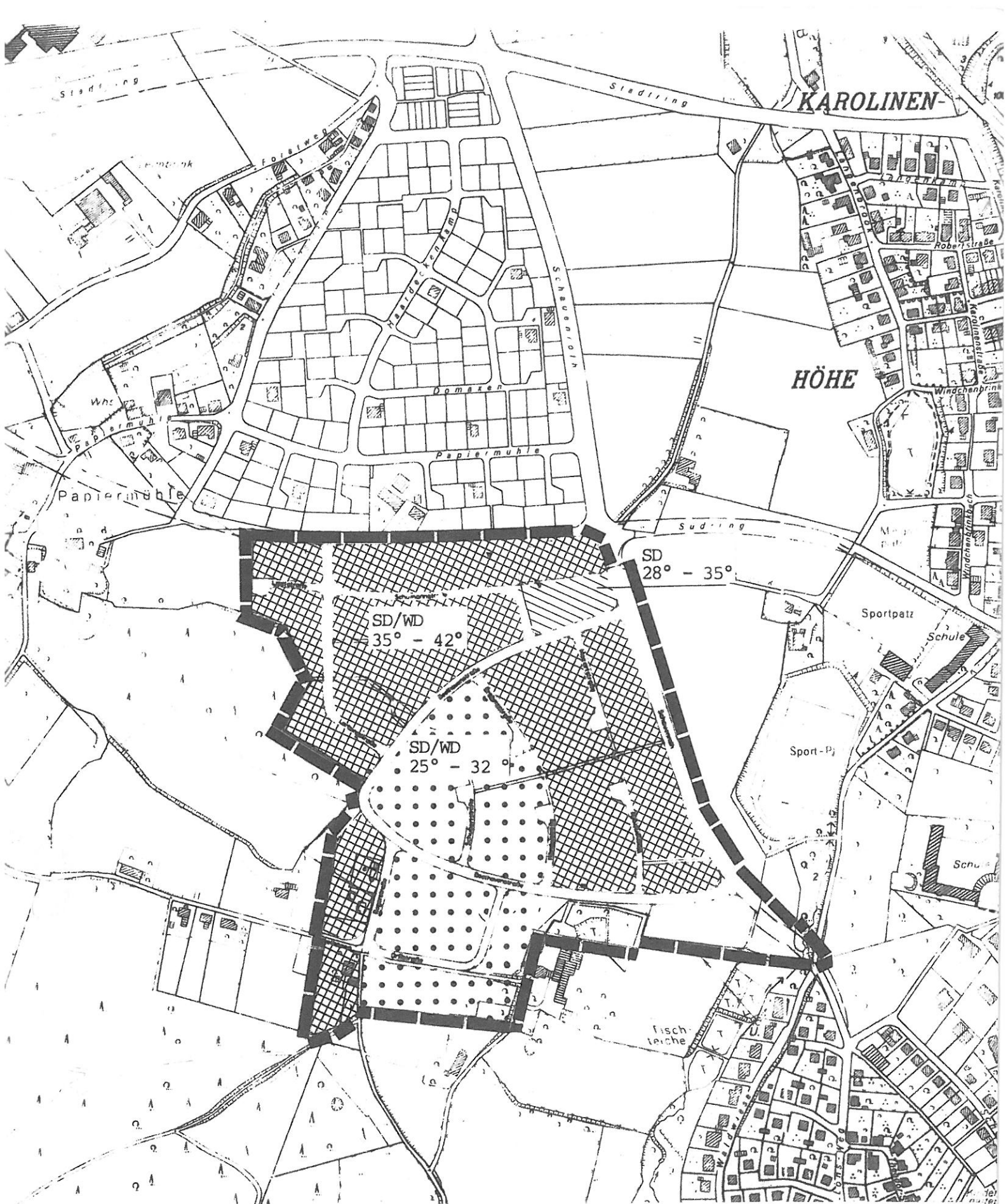
Die örtliche Bauvorschrift über Gestaltung ist mit Verfügung des Landkreises Osnabrück (Az.:.....) vom heutigen Tage gemäß § 97 NBauO in Verbindung mit § 11 BBauG genehmigt.

Osnabrück, 10. SEP. 1981



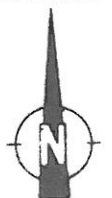
Landkreis Osnabrück  
Der Oberkreisdirektor  
*[Handwritten signature]*





Geltungsberreich der örtlichen  
Bauvorschrift

"MENKHAUSFELD"



M. 1:5 000